

Wirtschafts- und Finanzpolitik in Niedersachsen – Kommentar

Althusmann will 15 Jahre sparen! – Die CDU kann es nicht und kann es nicht lassen

Bernd Althusmann, Niedersächsischer Wirtschaftsminister im Interview, Hannoverschen Allgemeine Zeitung, 30.04.2020

Was soll das?

Nachdem der Niedersächsische Finanzminister Hilbers (CDU) genau vor einem Monat in der Presse eine „Haushaltssperre“ für den Niedersächsischen Landeshaushalt ins Gespräch gebracht hatte (s. Im Gegenlicht 02), kündigt der Niedersächsische Wirtschaftsminister Althusmann (CDU) eine 15-jährige Haushaltskonsolidierungsperiode an.

Das mutet schon fast biblisch an, die Zeitspanne und die Beseeltheit des CDU-Spar-Eifers. Wirtschaftspolitisch ist dies bestenfalls fahrlässig, vielleicht naiv. Vermutlich aber eher parteipolitisch motiviert und von einer gewissen Unkenntnis der Kollateralschäden geprägt, den er wirtschaftspolitisch anrichtet.

Althusmann fordert in dem Interview richtigerweise vom Bund 11 Mrd EUR für die Tourismuswirtschaft, um den shutdown und die folgende Reisezurückhaltung der Menschen zu überbrücken. Gleichzeitig fordert er eine recht schnelle Öffnung der Tourismusbranche. Er kündigt diese quasi an, hat aber gar keine alleinige Zuständigkeit. Er lasse sich von einem eigenen, „bisher nicht so bekannten“ „Expertenteam“ beraten. Noch ein Expertenteam? Auf Ebene eines Landesministers?

Unsere 16 Bundesländer und der Bund (sowie die EU) haben hinreichend Probleme die Pandemie-Kommunikation gegenüber der Bevölkerung zu koordinieren. Dies liegt in der Natur des Föderalstaates und gelang dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD) mit seiner norddeutschen Zurückhaltung recht gut.

Wenn aber jetzt jeder Minister seine Exitstrategien entwirft und in die Öffentlichkeit bläst, heißt dies nichts Gutes. Diesen parteipolitischen Schachzug muss die Landesregierung bewerten. Sozialministerin Reimann (SPD) hat hierauf ja bereits zurückhaltend reagiert.

Drei Legislaturperioden öffentliches Sparen?!

Im nächsten Schritt aber teilt Landeswirtschaftsminister Althusmann dem Publikum mit, dass große Sparanstrengungen auf das Land und seine Bewohner zukommen: „alle Länderhaushalte werden in den kommenden drei Legislaturperioden deutlich eingeschränkt sein.“

Rechenkünste

Er offenbart zudem noch einige Rechenkünste: „Letztendlich sind die aufgenommenen Neuschulden das Korsett zukünftiger Haushaltsberatungen. Das heißt, schon für die Haushalte 2021 bis 2023 kann man immer gleich eine dreistellige Millionensumme alleine durch die Zinsbelastung abziehen, die uns für politische Gestaltung nicht mehr zur Verfügung steht. Wir werden über Einsparungen zu sprechen haben, über notwendige Konsolidierungsmaßnahmen. Ich befürchte, dass die Schulden, die jetzt aufgenommen werden, uns in den nächsten zehn bis 15 Jahren in unseren Möglichkeiten einschränken.“

Der Niedersächsische Landtag hat der Landesregierung für 2020 in einem Nachtragshaushalt eine zusätzliche Kreditaufnahme von 1 Mrd. EUR zur Bekämpfung der Pandemie genehmigt. Rückzahlbar in zehn Jahren ab 2021. Dies ist zurückhaltend, z.B. im Vergleich zu Bayern oder Bremen. Und dies ist kurzsichtig. Der Bund und z.B. Bayern haben sich 20 Jahre Zeit genommen und beginnen erst 2024 mit der Rückzahlung.

1 Mrd EUR „Neuschulden“ verursachen im Landeshaushalt „2021 bis 2023“ Zinsbelastungen in „dreistelliger Millionenhöhe“?

Der Zins für das Land liegt derzeit auch für 10-jährige Anleihen um Null Prozent. Selbst 1 Prozent verursacht auf 1 Mrd EUR eine jährliche Zinslast von 10 Mio EUR. Nix dreistellig. Geschenk.

Kompetenzprobleme

Der eigentliche Skandal in diesem Interview liegt aber in der langfristigen Verunsicherung der Menschen im Lande.

Drei Legislaturperioden, d.h. 12-15 Jahre, stehen die öffentlichen Landeshaushalte in Deutschland vor Ausgabenkürzungen.

Was ist die Botschaft an die Menschen?

Erstens, alle infrastrukturellen, personellen, technischen und konzeptionellen Defizite, die in der Corona-Krise sichtbar wurden, in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Forschung, Bildung bleiben ungelöst (bis zur nächsten Krise?).

Z.B., die infrastrukturelle und personelle (Stellenzahl, Gehalt, Qualifikation) Anpassung im Gesundheits- und Bildungsbereich kommt nicht.

Zweitens, die bereits vor der Corona-Krise als dringlich angesehenen öffentlichen Investitionen werden zurückgefahren. Der dringende Sanierungsbedarf von Straßen, Schienen, Brücken, Schulen, Hochschulen kommt nicht (z.B. WC's in Schulen).

Die Ausgaben für Sozial-, Sicherheits-, Kultur- und Bildungspolitik stehen mindestens unter Druck.

Auch dringende Modernisierungsinvestitionen in den Bereichen digitale Infrastruktur, ÖPNV, staatliche Verwaltung, Bildung, Forschung, Pflege gehen nicht.

Und dies für 12-15 Jahre!

Erwartungen

Hier liegt der wirklich kritische Punkt. Bund und Länder wenden riesige Geldbeträge auf, um die Krisenschäden zu begrenzen. Dies gilt unmittelbar, z.B. für Einkommensersatzleistungen durch Unternehmenszuschüsse und Kurzarbeitergeld.

Dies gilt vor allem aber auch mittelbar. Die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik will, soll und kann Panik verhindern. Die Zukunftserwartungen der Unternehmen und privaten Haushalte darf nicht in Schockstarre gehen. Sonst droht Angstsparen und Investitionsattentismus und damit eine Verlängerung der Krise (und des Rückgangs der Steuereinnahmen). Dies schienen eigentlich alle begriffen zu haben.

Vor der Krise waren sich in Deutschland die meisten Ökonomen einig, dass es zum Abbau der Restriktionen im Baubereich neben genehmigungsrechtlichen Themen insbesondere eine langfristige Verstetigung der

Torsten Windels ist Ökonom und lebt in Hannover. Er war von 2007-2018 Chefvolkswirt der NORD/LB und ist seit 2019 als Beratender Ökonom tätig und Koordinator der Keynes-Gesellschaft, Regionalgruppe Nord

öffentlichen Bauinvestitionen braucht, damit Bauunternehmer mehr Kapazitäten schaffen. Und jetzt?

Die deutsche Politik auf Bundes- und Landesebene hat hier bislang einen guten Job gemacht, um das Land bestmöglich durch die Krise zu bringen. Na klar, Findungs-, Koordinierungs- und Kommunikationsprobleme gab es immer wieder mal. Aber insgesamt? Respekt.

Da braucht es keinen ehrgeizigen Wirtschaftsminister, der jenseits seiner Kompetenzen Verabredungen trifft und damit auch in seinem Kernzuständigkeitsbereich eher Kollateralschäden als Zuversicht produziert.

Zudem, von Haushaltskonsolidierung durch höhere Staatseinnahmen zur Bewältigung dieser historischen Sonderlast, z.B. durch einen Lastenausgleich, keine Spur.

Schweigen ist Gold

Zu anderen Fragen, wie der K-Frage der Union oder Konkurrenzen mit dem Ministerpräsidenten schweigt Herr Althusmann, vernünftigerweise. Warum kann er aber bei der Haushaltsfrage nicht an sich halten?

Die Landes-CDU in Niedersachsen hat ein Problem mit der Profilierung. Herr Althusmann ist Wirtschaftsminister in der Regierung Weil, nicht CDU-Wahlkämpfer.

Oder, wie er an anderer Stelle im Interview sagt, die Parteipolitik „hat hinter den notwendigen Entscheidungen, die wir im Moment zu treffen haben, schlichtweg zurückzutreten.“ Hätte er sich mal daran gehalten.

Quellen:

Hannoversche Allgemeine Zeitung, „Wirtschaftliche Folgen sind bedrohlich“, Interview mit dem Niedersächsischen Wirtschaftsminister Bernd Althusmann, 30.04.2020, S. 8

Im Gegenlicht - Rückblick

Nr. 00 – 1. Februar 2020

Niedersachsen: Öffentliche Investitionen dringend geboten – Analyse des Standes, des Bedarfs und der Finanzierungsmöglichkeiten öffentlicher Investitionen in Niedersachsen

Nr. 01 – 2. April 2020

Finanzminister Hilbers in der Sackgasse – Kommentar zum Artikel „Riesenverluste im Landesetat: Bald droht eine Haushaltssperre des Finanzministers“, runderblick vom 31.03.2020

Nr. 02 – 13. April 2020

Corona – Was passiert im Shutdown mit Einkommen, Beschäftigung, Verschuldung und Zins?

Nr. 03 – 19. April 2020

Ständestaat – In der Krise werden Konflikte klarer – „Dass, was der Staat aktuell an Hilfen zahlt, hat er vorher von der Wirtschaft bekommen.“

Nr. 04 – 21. April 2020

Mehr Europa wagen – Die deutsche Wirtschaft stellt die falschen Fragen